

Leserbrief zur AZ vom 24.02.2015 auf Seite 9: „NRW Mittelstand fühlt sich von Rot-Grün bedroht“

**Titel:**

**Traue keinem „Experten“ und erst recht nicht dessen Aussagen**

Laut besagtem Artikel haben die „von der Landesregierung eingesetzten Experten (?) aus Mittelstand und Kommunen“ Angst vor den zukünftigen Festlegungen im neuen Landesentwicklungsplan (LEP), den NRW Umweltminister Rimmel stark geprägt haben soll. Auch wir als **BI-Dell** haben den kompletten Entwurf lange „durchackert“ und eine immerhin 17-seitige Stellungnahme zum öffentlichen Beteiligungsverfahren erstellt, allerdings mit positiver Beurteilung zur Halbierung bis hin zur kompletten Vermeidung des Verbrauchs von Außenflächen. Trotzdem sind wir nicht mittelstandsfeindlich.

Vor dem Hintergrund der Unterlagen zum „neuen“ Flächennutzungsplan 2030 der Stadt Aachen in dem die Stadt Aachen bereits ausreichend bestehende Flächenreserven für Gewerbestandorte für die nächsten 40 Jahre angibt, darüber hinaus aber trotzdem noch weitere Flächen zur unerklärlichen „Bevorratung“ ausweisen will, fragt man sich allerdings, wo der Mittelstand hier Probleme sieht.

In Aachen wie auch im Ruhrgebiet und anderen Ballungszentren gibt es viele Flächen, die man ohne weiteres recyceln könnte. Auch das fordert der neue Landesentwicklungsplan ausdrücklich und zwingt die Kommunen diese Flächen vorher zu prüfen und nicht einfach so mit oft fadenscheinigen aber fast nie sachlich begründeten Argumenten beiseite zu schieben. Geht es bei dieser Kritik am LEP nur um die heilige Kuh der Planungshoheit der Kommunen oder sollte es nicht eher um wirklich sachliche und vor allem nachprüfbar Argumente gehen? Weiterhin fragt man sich, wieso Kommunen die Neuinanspruchnahmen von weiteren Aussenflächen fordern, obwohl sie oft noch gar keine Übersicht haben, wieviel Brachflächen etc. im stadtnahen oder innerstädtischen Bereich erschlossen werden könnten, sei es für den Mittelstand oder für den nachzuweisenden Bedarf an Wohnungsneubauung. Das Baulandkataster für Aachen liegt beispielsweise bisher immer noch nicht vor. Ohne genaues Detailwissen wird trotzdem aus allen politischen und verwaltungsinternen Kanälen die mittlerweile über 20 Jahre alte und damit längst überholte Forderung nach Flächenneuanspruchnahmen gebetsmühlenartig hinausposaunt. Dies ist nur verständlich, wenn man weiß, dass es nur um Eigeninteresse geht, da der größte Teil der anvisierten Flächen in städtischem Besitz ist und mehrere Akteure wohl „ihre Felle wegschwimmen sehen“. Private Bebauungspläne werden dagegen nicht gerade sonderlich gefördert, da sie zwar Wohnungsnot –sofern sie tatsächlich nachweisbar wäre- lindern könnte, aber nicht im pekuniären Primärinteresse der Stadt Aachen liegen. Selbst die Architektenkammer NRW liegt auf der Schiene des neuen LEP.

Der Mittelstand ist m.E. nicht durch verminderte Flächenneuanspruchnahmen gefährdet. Der Mittelstand ist durch die großinvestorenfreundliche Kommunalpolitik gefährdet, die die Innenstädte vom Mittelstand ausblutet, sämtliches Großgewerbe im Außenbereich sponsort und innerstädtisches Kleingewerbe damit in den Ruin treibt.

Insofern scheint sich auch hier nicht der Mittelstand im alten Sinne gegen den LEP zu beschweren, denn der hätte auf Avantis, Gewerbepark Brand und weiteren stadtnahen Gewerbeflächen mehr als ausreichend Raum, um sich niederzulassen. Es sind wohl eher die als Mittelstand getarnten Großinvestoren, wie die großen Lebensmittel- oder Baumarktketten, die sich hier in Zweckgemeinschaft mit dem ihnen fast hörigen Kommunalpersonal aus Verwaltung und Politik beschweren. Solche Vereinigungen sind aber keine „Experten“ sondern Lobbyisten. Leider wird die Bezeichnung „Experte“ immer mehr inflationär missbraucht.

Gez. P. Philippen-Lindt (BI-Dell)